Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 59 (1967)

Heft: 9

Artikel: Wirtschaftliche und soziale Probleme im Nahen Osten

Autor: Bergmann, Theodor

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354295

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

unserer internationalen Präsenz bilden, kommt es dabei neben einer günstigen länderweisen Verteilung immer mehr auch auf ihr berufliches, geistiges und moralisches Niveau an, dessen unablässige Hebung auf dem Wege einer scharfen internationalen Selektion in Gestalt hochqualifizierter Wissenschafter, Ärzte, Forscher, Ingenieure und Techniker, fachlicher Spitzenkräfte und Experten immer deutlicher in Erscheinung tritt. Die Auslandschweizer, insbesondere auch die heute oft an sehr exponierter Stelle wirkenden Überseeschweizer bilden unbestreitbar die beste Visitenkarte unseres neutralen, solidarischen und humanitären Kleinstaates, dem in der heute so unruhigen Welt zweifellos eine wichtige Mission aufgetragen ist. Wir dürfen deshalb nicht nur stolz sein auf unsere berufensten Interessenträger in der weiten Welt, sondern diese verdienten es dank ihres für uns absolut unentbehrlichen Wirkens auch, nun endlich auch rechtlich in die Heimat eingegliedert zu werden, wofür sich das um das Wohl des Auslandschweizertums hoch verdiente Auslandschweizersekretariat der NHG außerordentlich nachhaltig eingesetzt hat.

A. W. Herzig, Bern

Wirtschaftliche und soziale Probleme im Nahen Osten

Nach kurzem Waffengang schweigen im Nahen Osten die Kanonen. Tausende, wahrscheinlich Zehntausende sind gefallen, noch mehr fürs Leben verkrüppelt. Millionen hungern noch mehr als vor dem Krieg. Die Probleme bleiben, ihre Lösung ist eher erschwert als erleichtert. Was sind die Tatsachen, und welche Rolle spielen die Weltmächte in diesem Konflikt? Vor einer Wertung soll die Realität dargestellt werden.

Leben unter den Arabern

Seit etwa 100 Jahren wuchs die jüdische Besiedlung in Palästina wieder, zuerst nur langsam, weil im Aufstieg des Kapitalismus die Toleranz zunahm und die Juden menschlicher behandelt wurden – wenn auch mit Unterschieden. Die aufstrebende sozialistische Bewegung trug wesentlich dazu bei, daß die Juden allmählich gleichberechtigt wurden. In Gesellschaftskreisen wurden sie jedoch häufig als Sündenböcke von Regierungen benutzt, die ihre Probleme nicht lösen und den Regierten die Wahrheit nicht sagen konnten. Mit dem Anwachsen der faschistischen Bewegung in Europa stieg die jüdische Einwanderung nach Palästina schneller; die britische Kolonialregierung hemmte den Strom, so daß nicht alle jüdischen Verfolgten des Nazismus aufgenommen werden konnten. Nach dem Ende des zweiten

Weltkrieges kamen Massen jüdischer Überlebender – etwa 1 Million – ins Land. 1947 wurde der Staat Israel gegründet – gegen die Absichten der englischen Politik. Bis dahin hatten die Juden allen Boden, den sie bebauten, den arabischen Eigentümern zu freien Marktpreisen abgekauft.

Angesichts der unsäglichen Leiden des jüdischen Volkes einigten sich die Großmächte Sowjetunion und USA, die Staatsgründung anzuerkennen. Die Vereinten Nationen stimmten zu. Die arabischen Nachbarstaaten – zu jener Zeit nur feudalistische Fürstentümer – wollten die neuen Tatsachen nicht anerkennen, sondern organisierten unter dem englischen Kolonialoffizier Glubb Pascha einen «heiligen Befreiungskrieg». Sie proklamierten als Ziel, die Juden ins Wasser zu werfen und waren ihres Endsieges so sicher, daß sie viele arabische Einwohner des damaligen Palästina zur Flucht mit den retirierenden Truppen veranlaßten.

Die arabischen Staaten verloren den Krieg trotz englischer Waffen und Offiziere und gewaltiger quantitativer Überlegenheit, weil sie sozial rückständige Gesellschaftsordnungen verteidigten. Während dieses Krieges 1947/48 besetzten bzw. sicherten die Israelis mit ihrer sehr rudimentären Armee und gewisser Ostblockhilfe ihr heutiges Territorium, das etwas größer ist als im Teilungsplan der UNO von 1947 vorgesehen. Dieser Plan war von Israel angenommen, von den Arabern abgelehnt worden.

Israel und seine Nachbarn

Land	km²		Einwohner in 1000	je km²	Palästina-Flüchtlinge 1952
Israel	20 700	1965	2 563	124	
Syrien	185 180	1964	5 399*	29	80 000
Libanon	10 400	1964	2 250**	216	106 000
Jordanien	97 740	1965	1 950	20	465 000
VAR-Ägypten	1 000 000	1965	29 600	30	—
Gaza-Streifen	202	1964	430	2129	200 000
Direkte Nachbarn	1 293 522		39 629	—	851 000
Saudiarabien	2 253 300	1964	6 630	3	—
Irak	448 742	1964	7 004	16	6 000
Kuwait	16 000	1965	468	29	—
Algerien	2 381 741	1964	12 300	5	—
Restliche Verbündete der VAR	5 099 783		26 402		6 000
Gegner Israels insgesamt	6 393 305		66 031		857 000

* ohne 126 392 Palästina-Flüchtlinge (80 000 laut «Archiv der Gegenwart»)

** nur Libanesen

1965 hatte Israel 2,6 Millionen Einwohner, davon zirka 300 000 Araber, die 1948 nicht abgewandert waren; das Territorium mißt 20 700 km². Die unmittelbaren Nachbarn Israels hatten 1964/65 eine Bevölkerung von rund 40 Millionen und verfügten über ein Territorium von 1,3 Millionen km². Dazu kommen eine Reihe weiterer arabischer oder islamischer Länder, die den Kampf gegen Israel unterstützen wollen, bis hin nach Pakistan.

Allein die Größenordnungen von Bevölkerung und Territorium der sich gegenüberstehenden Staaten lassen alles Gerede von israelischer Aggressivität und Imperialismus lächerlich erscheinen. Wenn irgendwo eine Armee der Selbstverteidigung diente – auch bei lokalen Präventivangriffen – so gilt das für Israel.

Flüchtlinge und Jordanwasser – zwei Streitpunkte

In die Nachbarländer Israels kamen seit 1948 etwa 850 000 Flüchtlinge (nach der Zählung von 1952), inzwischen dürfte ihre Zahl stark zugenommen haben. Meist sind ihre Lebensverhältnisse miserabel; die Flüchtlingsfunktionäre haben so gut wie nichts getan, um die Menschen zu integrieren, ihnen Wohnungen, Schulen, Arbeitsplätze zu schaffen. So förderten sie selbst in dünnbesiedelten Ländern nicht das Wirtschaftswachstum, sondern belasteten die ohnehin schwachen Antriebskräfte. Die Flüchtlingslager wurden aus politischen Gründen konserviert und militärische Organisationen gebildet (palästinensische Befreiungsorganisation), weil man Israel als Provisorium betrachtete. Die 465 000 neuen Bürger Jordaniens seit etwa 1950 sind nur zu einem Teil Flüchtlinge, weil sie großenteils in ihren Wohnorten geblieben sind; ein Stück Palästinas mit überwiegend arabischer Bevölkerung und den Städten Hebron, Nablus, Jericho und der alte Kern Jerusalems kamen damals zu Jordanien. Die Neu-Jordanier waren aber ein fragwürdiger Machtzuwachs für das ohnedies unstabile Königreich Husseins, weil sie nicht voll in den Staat integriert wurden und daher unzufrieden sind. Vielleicht waren sie auch besser ausgebildet und hatten einen höheren Lebensstandard als die häufig nomadischen Transjordanier.

350 000 Juden verließen andererseits bis etwa 1951 die arabischen und mohammedanischen Länder und wanderten nach Israel ein.

Eine besondere Hilfsorganisation der UNO sorgte für die Flüchtlinge, konnte aber nur ihr Existenzminimum sichern.

Im Trockenklima des östlichen Mittelmeers ist menschliche Siedlung und seßhafte Agrarproduktion vom Wasser abhängig. Dichte Besiedlung und intensive Landwirtschaft zwangen Israel, seine inneren Wasservorräte zu erforschen, rationell zu nutzen und allmählich auch das Wasser des Jordans anzuzapfen, der Syrien, Israel und Jordanien berührt. Mit amerikanischer Vermittlung verhandelten die Anliegerstaaten jahrelang und erzielten 1955 ein Abkommen,

das jedem seine Wassermenge zuteilte. Als der Plan fertig war, fanden die arabischen Regierungen, daß sie mit der Unterzeichnung das für sie nichtexistente Israel anerkennen würden. So verfiel das Abkommen, und Israel begann unabhängig von den Nachbarn die Hule-Sümpfe zu kultivieren und seinen Anteil am Jordanwasser zu nutzen. Eine große Wasserleitung wurde vom Tiberiassee im Norden bis in die südliche Negev-Wüste gebaut und mit allen lokalen Versorgungsnetzen verknüpft. Jordanien hat ein kleineres Bewässerungsprojekt mit Jordanwasser im Ghor-Gebiet durchgeführt. Syrien hat verschiedentlich die israelischen Arbeiten zu sabotieren versucht, ohne Erfolg, selbst aber noch keine Bewässerungsprojekte eingeleitet. Statt dessen drohte die syrische Regierung, den Jordan abzuleiten, um Israel von dieser Wasserquelle abzuschneiden.

Nahost – Schnittpunkt der Großmachtsinteressen

Durch die Brücke zwischen Asien und Afrika verlaufen wichtige weltwirtschaftliche und weltpolitische Lebenslinien. Der Nahe Osten ist eines der reichsten Erdölgebiete der Erde, in denen englische und amerikanische Erdölkonzerne große Interessen haben. Der Suezkanal, eine wichtige internationale Schiffahrtsstraße, verband früher die Besitzungen in Mittel- und Fernost mit dem englischen Mutterland. Die Türkei wurde als beherrschende Macht des Gebietes nach 1918 von England und Frankreich abgelöst. Deren politisches Erbe traten nach 1945 die USA an, die ständig ihre 6. Flotte im Mittelmeer stationierten. Einige Staaten dieser Region wurden zu amerikanischen Stützpunkten ausgebaut, so Türkei, Libanon, Jordanien, Irak, nicht aber Israel. Erdölinteressen und Dulles'sche Weltpolizeirolle verbanden sich und ein antisowjetischer Regionalpakt wurde aufgebaut, der inzwischen vor allem durch die irakische Revolution wieder zerfiel.

Soziales Gefälle von Israel zu den Arabern

Israel entwickelte sich allmählich zu einem modernen Staat mit überwiegend kapitalistischer Wirtschaft, große Sektoren sind jedoch gemeinwirtschaftlich organisiert. Das bekannteste Beispiel sind die Kibbutzim, die moderne Landwirtschaft im großen genossenschaftlich betreiben. Die Regierungsform ist bürgerlich-demokratisch mit einer starken und vielgestaltigen Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokraten (Mapai) sind seit 1947 die führende Regierungspartei, die zwei linkssozialistischen Parteien haben wesentlichen Einfluß. Die Gewerkschaftsorganisation Histadrut ist gut ausgebaut und hat große Wirtschaftsunternehmen geschaffen und finanziert, für die private Unternehmer sich nicht interessierten. Die kommunistische Partei ist legal und stellt einige Parlamentarier. Die arabischen Bürger genießen die gleichen Rechte wie andere; in einigen Grenzzonen

bestanden jedoch bis in die letzte Zeit Beschränkungen, die vorwiegend arabische Bürger trafen. Arabische Abgeordnete sitzen im israelischen Parlament, wo sie ihre Reden auf arabisch halten.

Der Aufbau Israels wurde getragen durch die eigenen hochqualifizierten Arbeitskräfte, in zweiter Linie durch Kapitalbildung aus jüdischen Sammlungen, schließlich auch durch Kapitalimport aus den USA, aus europäischen Ländern, darunter vornehmlich aus der Bundesrepublik Deutschland. Dieser setzte jedoch erst in einem späten Stadium ein, etwa Mitte der fünfziger Jahre, als die wirtschaftlichen Grundlagen geschaffen waren. Lebensstandard und Bildungsmöglichkeiten sind für Juden und Araber in Israel wesentlich besser als in den Nachbarländern.

Ägypten auf dem Wege der Reform

In den arabischen Ländern des Nahen Ostens war die innere Entwicklung nach 1945 sehr unterschiedlich. Ägypten erlebte zwei Revolutionen und wurde aus einem feudalen Königreich mit westlichem Anschluß zu einem Land, das sich den Blockfreien anschloß und außenpolitisch die Führung der panarabischen Strömungen erstrebte. Allmählich näherte sich Ägypten der Sowjetunion. Trotz dieser weltpolitischen Neuorientierung und dem Bekenntnis zum arabischen Sozialismus ist die kommunistische Partei in Ägypten – wie in wohl allen arabischen Staaten – verboten, und ihre Anhänger werden zum Teil hart verfolgt. Wirtschaftlich und innenpolitisch wurden in Ägypten nach 1956 wesentliche Strukturreformen durchgeführt, enteigneter Grundbesitz verteilt, Genossenschaften der bisher Landlosen gegründet, die Kultivierung einiger Wüstengebiete begonnen. Die Industrialisierung wurde gefördert, ebenso der soziale Fortschritt auf den Dörfern. Die landwirtschaftlichen Erträge wurden weiter gesteigert. Aber die großen Aufbauleistungen haben noch nicht die dringenden Wirtschaftssorgen beseitigt, weil die Vorbedingungen extrem schwierig sind: Die Nutzfläche ist sehr gering und kann nur wenig ausgedehnt werden, die Bevölkerung wächst schnell. Die großen Grundinvestitionen haben noch keine konsumierbaren Güter erbracht. Die schweren Rüstungslasten verlangsamten den wirtschaftlichen Aufschwung und die Hebung des Lebensstandards.

Jordanien, Libyen, Saudi-Arabien haben noch immer feudale Regimes. Am unstabilsten sind die Verhältnisse in Syrien. Tunesien hält sich von aller Kriegspropaganda fern und hat einmal einen Vermittlungsvorschlag im israelisch-arabischen Konflikt gemacht.

Die Beziehungen der arabischen Staaten untereinander sind höchst kompliziert: Unions- und Fusionspläne tauchen auf und verschwinden, Freundschaftserklärungen und Umsturzpropaganda zwischen zwei Partnern folgen einander unvermittelt. Die Staaten stehen auf verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstufen,

bilden also eine sehr heterogene Gruppe mit vielen internen Fehden. In ihrem jungen Nationalismus betrachten manche reaktionäre arabische Politiker die israelische Aufbauleistung und das soziale Gefälle als eine Herausforderung und einen sozialen Unruheherd.

Schwankende Bündnisse

Nach den Revolutionen und Revolten orientierten sich einige Länder außenpolitisch um, und die Großmächte, die in diesem weltpolitischen Nervenzentrum Brückenköpfe aufzubauen suchten, verstärkten ihre Einmischung. Die Sowjetunion entzog Israel allmählich alle Unterstützung und verbündete sich mit Ägypten und später mit Syrien. England baute Jordaniens und Saudiarabiens Armeen auf. Die USA verteilten ihre Militär- und Wirtschaftshilfe gleichmäßiger auf beide Seiten. Ihre Hilfe an Ägypten war umfangreich, vor allem bei Getreide, aber häufig mit politischen Bedingungen verknüpft, die an die Selbständigkeit rühren mochten.

Der Konflikt um den Suez-Kanal und die Finanzierung des Assuan-Staudammes führte zu einer dramatischen Krise und Wende im Jahre 1956. Ägypten enteignete die französisch-englische Suez-Gesellschaft und sperrte den Kanal u. a. für die ganze israelische Schiffahrt. Nachdem die USA die Finanzierung des Dammes ablehnten, erklärte sich die Sowjetunion dazu bereit. In Israel löste Ben-Gurion die Regierung Sharett ab, die sich jahrelang erfolglos um Verhandlungen und Ausgleich mit den Araberstaaten bemüht hatte. Ein Geheimbündnis wurde zwischen Israel, England und Frankreich gegen Ägypten geschlossen. Im kurzen Sinai-Feldzug 1956 gegen Ägypten hatte Israel vollen militärischen Erfolg, ehe seine Augenblicksverbündeten überhaupt eingreifen konnten. Die USA und die Sowjetunion distanzierten sich von den Militäraktionen und erzwangen ihre Einstellung. In England wurde die Regierung Eden gestürzt. Die Blauhelme der UNO übernahmen die Grenzüberwachung und lösten damit die militärisch siegreichen israelischen Truppen ab. Sie sicherten durch ihre Postierung bei Scherm-el-Scheich die freie Schiffahrt im Golf von Akaba, die wirtschaftlich für Israel immer wichtiger wurde, besonders da der Suez-Kanal für Israel ständig geschlossen blieb.

Seit 1956 hatte sich diese Lage – Ergebnis des Suez-Konfliktes – erhalten. Kleine Zwischenfälle waren häufig: Sabotageaktionen vor allem syrischer Freischärler und Vergeltungsaktionen israelischer Truppen. Israels militärischer Erfolg 1956 war aber politisch nicht zu unterbauen. – In Israel überwog zu allen Zeiten der Wunsch, ein Übereinkommen mit den arabischen Nachbarn zu suchen. Besonders die drei sozialistischen Parteien, aber auch die bürgerlichen Zionisten arbeiteten auf Verständigung hin. Eine überparteiliche Gruppe von Wissenschaftlern, Politikern und Schriftstellern, zu der Juden und Araber gehören, gibt seit vielen Jahren die Zeitschrift

«New Outlook» heraus, die dem Ausgleich dienen will. Aber weder militärische Siege noch Kompromißbereitschaft der israelischen Regierungen fanden bei den arabischen Regierungen ein Echo. Konkrete Vorschläge, einen Teil der Palästinaflüchtlinge in Israel zu integrieren, wurden als Zeichen beginnender Schwäche Israels angesehen und mit der kategorischen Forderung beantwortet, alle Flüchtlinge aufzunehmen.

Ähnliche Stimmen der Verhandlungsbereitschaft waren aus der arabischen Welt nur sporadisch zu hören. Der blinde Nationalismus und die antijüdische Propaganda – einmal angekurbelt – entwickelten eine Eigengesetzlichkeit. Kaum ein Politiker konnte sich ihr entziehen, ohne zum Verzichtpolitiker gestempelt zu werden, wie Tunesiens Präsident Bourgiba. Trotz der schweren militärischen Niederlagen blieb das arabische Maximalprogramm bestehen: Vernichtung des Staates Israel, Vertreibung der jüdischen Bewohner.

Von Suez 1956 zu Suez 1967

Innenpolitisch, wirtschaftlich und militärisch ist Israel heute ein gefestigter Staat. Aber die außenpolitische Lage ist gegenüber 1956 völlig verändert. Die USA, die einzige Großmacht, die bis Kriegsausbruch Israel eine begrenzte Hilfe gewährte, sind selbst militärisch, wirtschaftlich und moralisch schwer durch den Vietnam-Krieg belastet und gebunden. Mit der Neutralitätserklärung, die peinlich genau eingehalten wurde, hat die USA-Regierung ihre Wahl für Marschall Ky und die Erdölinteressen getroffen. Der letzte Schein für die Behauptung entfiel, Isarel werde von den imperialistischen Westmächten unterstützt oder gar vorgeschoben. – Ebenso kritisch ist die Außenpolitik der Sowjetunion zu beurteilen. Vielleicht wollte sie mit ihrer Nahostpolitik dem bisher überragenden Einfluß der USA in dieser Region entgegentreten, vielleicht auch Vietnam entlasten. - Die wohlwollendste Erklärung für die Schachzüge der Großmächte wäre, daß sie stillschweigend übereingekommen seien, sich aus dem akuten Konflikt herauszuhalten.

Die sowjetische Politik ist kurzsichtig, wenn sie auf die unstabilen Feudalregimes setzte. Ihre Augenblicks-Alliierten sind sozialistischen Staaten nicht angemessen, die Methoden gefährlich und die Begründung unglaubwürdig. Die Sowjetunion kann in anderen Ländern nur Verständnis erwarten, wenn ihre Motive verständlich und akzeptabel sind. Reden von israelischem Imperialismus, Aggressivität, Bedrohung des Weltfriedens, Provokation dürften selbst von den sowjetischen Verfassern nicht ernst genommen werden. Der Geist von Taschkent, der Vermittlung zwischen Indien und Pakistan, würde der Sowjetunion besser anstehen und den kämpfenden Völkern mehr helfen, als das Schüren gefährlicher Konflikte. Damit würde auch der Vietnam-Krieg der USA vor der Weltmeinung moralisch

angeklagt. Mit ihrer Parteinahme für die arabischen Maximalforderungen, der massiven Militärhilfe und der Anheizung des Nervenkrieges hat die Sowjetunion viel moralisches Kapital verloren. Selbst ihre begrüßenswerte Hilfe für Vietnam gerät in Mißkredit. Nach den schweren militärischen Rückschlägen hat die sowjetische Außenpolitik durch den Abbruch der Beziehungen zu Israel ihr Ansehen in den arabischen Staaten zu heben versucht. Nur Rumänien hat sich von diesem Weg distanziert.

England ist durch den Rest seiner imperialen Positionen auf merkwürdige Weise gebunden. Zwar ist die im wesentlichen konservative Außenpolitik feindlich gegen das nasseristische Ägypten gewesen, förderte aber andererseits die feudalen Ölpotentaten und Könige durch Waffenlieferungen und andere Hilfe. Die Regierung Wilson hat bisher die traditionellen Linien englischer Außenpolitik kaum verändern können. – Frankreichs Freundschaft mit Israel war kurzlebig. – Die Garantieerklärung der drei Westmächte USA, England und Frankreich für Israel aus dem Jahre 1950 ist wertlos geworden; keiner der Unterzeichner wollte während dieses Kampfes auf Leben und Tod daran erinnert werden.

Die Umkehrung der Allianzen in Nahost entbehrt nicht grotesker Aspekte. Die deutsche Bundesregierung hat die volle diplomatische Anerkennung Israels erst ausgesprochen, als die Araber die Beziehungen zur DDR verstärkten, nicht aus eigener Initiative. Die meisten arabischen Staaten brachen daraufhin die Beziehungen zu Bonn ab. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassuna, forderte, Bonn sollte das Heimatrecht der palästinensischen Flüchtlinge anerkennen, bevor die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden. Da Außenminister Brandt dem nicht nachkam, wurden die Kontakte zur DDR enger gestaltet. Diese kämpft zwar in Europa für die Respektierung der Grenzen und Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, im Nahen Osten dagegen unterstützt sie die Revisions- und Revancheforderungen arabischer Nationalisten.

Schukeiri droht mit Endlösung der Israel-Frage

Quantitativ – an Soldaten und Material – waren die alliierten arabischen Armeen gewaltig überlegen. Wenn ihre militärischen Führer dennoch sogar Algerier anmarschieren ließen, so waren sie sich offenbar ihrer qualitativen Schwäche bewußt. Ihre Niederlage ist in der feudalen Ordnung und den reaktionären strategischen Zielen begründet, nicht in mangelndem Mut der Soldaten.

Schukeiri, Führer der Palästina-Befreiungsorganisation, erklärte am 2. Juni: «Wir werden den Israelis die Verschiffung in ihre Heimatländer erleichtern. Jeder der im Lande geborenen Israelis, der noch überlebt, wird in Palästina bleiben. Nach meiner Schätzung wird jedoch keiner von ihnen überleben.» Es gibt viele Erklärungen ähn-

lichen Inhaltes; der Bär, dessen Fell Schukeiri bereits verteilt hatte, wurde aber nicht erlegt. Die arabischen Führer haben sich jedoch engagiert, die Bevölkerung aufgestachelt; die Sowjetunion stützte Nasser, Nasser stützte Schukeiri usw. Wurde umgekehrt Nasser zum Gefangenen Schukeiris? – Kann aber nach den nazistischen Verbrechen am jüdischen Volk ein Mensch, der so denkt und spricht, als verantwortlicher Politiker angesehen werden?

Israelisch-arabische Zusammenarbeit unerläßlich

Nach Wochen steigender Spannung und einer blutigen Woche, in der die Menschheit in den Abgrund des dritten, atomaren Weltkrieges blickte, ist Ruhe an den Fronten eingekehrt. Der Konflikt im Nahen Osten berührt alle, weil die Welt für einen lokalen Krieg zu eng geworden ist. Ein gemeinsames Friedensinteresse der Völker muß das Lebensrecht der Israelis und der Vietnamesen fordern und sichern. Eine friedliche Lösung des Konfliktes ist zu suchen, die das Lebensrecht Israels garantiert und die Zusammenarbeit zwischen Israel und den Arabern anbahnt. Alle technischen Probleme des Nahen Ostens können gemeinsam gelöst werden, ob es um das Wasser, die Flüchtlinge oder die Industrialisierung geht. Gerade die Erfahrungen der Israelis in der Entwicklung ihres Landes können den Nachbarländern helfen. Viele israelische Vorschläge gehen in diese Richtung. Der Krieg aber verschärft alle Probleme, materiell vergeudet er Mittel und Energien, und die Atmosphäre wird vergiftet.

Dr. agr. Theodor Bergmann, Stuttgart

Mieterschutz und Wohnungsmangel in Schweden

Die schwedische Wohnungsgesetzgebung besteht im wesentlichen aus einem Kündigungsschutz und einer staatlichen Regelung der Mieten. Das Gesetz war kriegsbedingt und wurde im Jahre 1942 von der damaligen Koalitionsregierung aller bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie beschlossen. Eine Wohnungszwangswirtschaft im Sinne einer Wohnraumbegrenzung oder Beschlagnahme von Wohnraum hat es dagegen nie gegeben. Ferner steht die sehr große Zahl der Eigenheime außerhalb der Regulierung.

Die Wohnungsvermittlung ist nicht obligatorisch. Man kann also auch ohne die kommunale Wohnungsvermittlung eine Wohnung mieten und vermieten. Ausgenommen davon sind jedoch ganz oder teilweise Neu- und Umbauten in den Fällen, in denen staatliche oder kommunale Kredite in Anspruch genommen werden (heute die meisten Neubauten). Wenn zum Beispiel ein Unternehmen für seine Arbeits-